



Versorgungsempfänger nicht vergessen!

GdP fordert zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf die Beamten und Versorgungsempfänger, Erhöhung der DUZ und Rücknahme der 42-Stunden-Woche.



Jörg Bruchmüller.

Beim Erscheinen dieser Ausgabe ist voraussichtlich auch in Hessen eine Tarifeinigung erzielt worden, was bei Redaktionsschluss aber noch in den Sternen stand. Ich hoffe, dass wir in der langen Tarifnacht Mitte April ein tragfähiges Tarifergebnis erzielen konnten, das sich mindestens auf dem Niveau der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) bewegt. Auch vor dem Hintergrund der bevorstehenden Landtagswahl bin ich zuversichtlich, dass man seitens der hessischen Landesregierung die Wählerklientel nicht verärgern will.

Fraglich bleibt allerdings, ob das ausgehandelte Tarifergebnis auch auf die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfänger zeit- und inhaltsgleich übertragen wird. Denn die Übertragung wird nicht bei den Tarifverhandlungen entschieden, sondern der Gesetzgeber stimmt mehrheitlich darüber im Parlament ab. Deswegen werden wir am 1. August, rechtzeitig vor der Landtagswahl am 22. September, unsere traditionelle Veranstaltung „Wahlprüfsterne“ durchführen und alle Fraktionen zu ihren Absichten eingehend befragen. Indes ist Skepsis angebracht, denn es gilt das alte

Sprichwort: „**Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht.**“ Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass Beamte und Versorgungsempfänger wiederholt zur Haushaltssanierung herangezogen wurden, indem man die Übertragungen inhaltlich und zeitlich über mehrere Monate aussetzte. Und wie oft mussten wir schon erfahren, dass man sich vor Landtagswahlen gegenüber den Beschäftigten im öffentlichen Dienst sehr handzahn zeigte und voll des Lobes für die geleistete Arbeit war, um unmittelbar nach den Wahlen mit brutalstmöglichen Spardiktaten Wortbruch zu begehen. Roland Koch ehemals: „**Es gibt keine Sonderopfer für die hessischen Beamtinnen und Beamten.**“ Unvergessen ist die Einführung der 42-Stunden-Woche unmittelbar nach der Landtagswahl 2003. Übrigens hatte der damalige Ministerpräsident Roland Koch die Erhöhung der Wochenarbeitszeit lediglich als vorübergehende Maßnahme beschrieben, die nach Verbesserung der Steuereinnahmen obsolet sei. Die FDP-Fraktion, damals in der Opposition, kritisierte die Erhöhung in harschen Tönen.

Seit über zehn Jahren haben nunmehr unsere Kolleginnen und Kollegen mit der Arbeitszeiterhöhung ihren Beitrag zu Haushaltssanierungen geleistet. Alle anderen Bundesländer haben mittlerweile die erhöhten Wochenarbeitszeiten reduziert, weil sie erkannt haben, dass man die eigenen Beschäftigten nicht über Gebühr zur Kasse bitten darf. Hessen rangiert in der Ländertabelle der Besoldungsgruppe A 10 unter Berücksichtigung der Wochenarbeitszeit an drittletzter Stelle.

Vor dem Hintergrund der oft beklagten demographischen Entwicklung ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein hohes Gut. Gleichsam pharisäerhaft ist die Klage der Regierungspolitiker über eine geringe Geburtenrate, wenn man gleichzeitig die Stellschrauben in die falsche Richtung dreht. Familienplanung ist für junge Polizistinnen und Polizisten durch größer werdende Überstunden-

berge in weite Ferne gerückt. Tagesmütter und -väter gibt es noch nicht zum Nulltarif, auch nicht von der Landesregierung. Daher wäre es nur folgerichtig, für die belastenden Schichtdienste im Polizeivollzugsdienst die gleiche Tarif-Regelung einzuführen wie im belastenden Schichtdienst der Wachpolizei, wo sich die Landesregierung einsichtig zeigte und eine 38,5-Stunden-Woche mitverhandelt hatte. Es geht doch!

Apropos demographische Entwicklung

Der Kampf am Arbeitsmarkt um qualifizierte Arbeitskräfte hat bereits begonnen. Schon jetzt ist feststellbar, dass die starken Bewerberzahlen bei der Polizei zurückgehen. Will man Qualitätsstandards im Sinne einer sich ständig weiterentwickelnden, hochtechnisierten und modernen Polizei ausbauen, bedarf es geeigneter Bewerber mit entsprechendem Bildungsniveau, die in ihrem Polizeiberuf akzeptable und arbeitsmarktkonkurrierende Rahmenbedingungen vorfinden. Neben guter Bezahlung sind Motivation, Perspektive und nicht zuletzt familienfreundliche Arbeitszeiten ausschlaggebende Kriterien. Der viel zitierte sichere Arbeitsplatz ist bei den speziellen Tätigkeitsmerkmalen des Polizeivollzugsdienstes mit zunehmender Gewaltbereitschaft eben keiner, der diesen Namen verdient. Hinzu kommt, dass Attraktivität und Anreize für eine gesunde Personalentwicklung und Karriereplanung bei einer Dauer von rund 45 Dienstjahren durch hausgemachte Stellenunwuchten als gering einzustufen sind. Nach derzeitigem Stand wird es in Hessen für viele Kolleginnen und Kollegen sehr ernüchternd wirken, wenn sie schon nach einem Drittel ihrer Dienstzeit keine Perspektiven erkennen können, weil nur wenige den engen Flaschenhals zu den weiterführenden Ämtern in Richtung A 11 pas-

Fortsetzung auf Seite 2



TARIFRUNDE 2013

Fortsetzung von Seite 1

sieren können und somit in ihrem persönlichen Endamt angekommen sind.

Motivation ist (noch) ausreichend!

Sicherheit ist eine Grundvoraussetzung, um in Frieden und Freiheit leben zu können. Wir haben zweifelsfrei (**noch**) gute Sicherheitsstandards. Wir haben (**noch**) ausreichend viele motivierte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben aber auch **viele**, die zunehmend enttäuscht und verärgert sind. Tendenz steigend! Immer mehr Kolleginnen und Kollegen sind es leid, wenn in Sonntagsreden die tolle Arbeit gelobt und gleichzeitig als Dankeschön mit wachsender Dramatik unter Hinweis auf Schuldenbremse und Generationengerechtigkeit erklärt wird, dass man bei den Polizeibeschäftigten monetären Verzicht bei gleichzeitiger höherer Arbeitsleistung erwartet. Die Enttäuschung ist auch deswegen so groß, weil die gleichen Regierungspolitiker mit einer verfehlten Steuer- und Fiskalpolitik diejenigen schonen, die auf Kosten der Gemeinschaft für ein Auseinanderdriften der Gesellschaft mitverantwortlich sind. Mittlerweile leben viele Hochvermögende nicht von einem Gehalt, sondern allein von den Erträgen ihres Vermögens. Andererseits besuchen notgedrungen immer mehr Kinder in Deutschland die Suppenküchen. Gesellschaftliche Spaltung birgt sozialen Sprengstoff und dies bedeutet unweigerlich Mehrarbeit für die Polizei. Da den Ländern die Vermögenssteuer zu-

steht, wäre es einfach, Politik in Richtung soziale Gerechtigkeit und sozialen Frieden zu lenken.

Allein mir fehlt der Glaube. Solange seitens der Regierungen Berichte und Statistiken „korrigiert“ werden und nicht sein kann, was nicht sein darf, ist erhöhte Aufmerksamkeit und Misstrauen geboten.

DuZ und Schichtzulagen sind immer noch nicht angepasst worden

Damit lande ich mit meinen Gedanken bei einem überaus traurigen Kapitel der hessischen Polizei, dem Vorenthalt der DuZ für Operative Einheiten und eine längst überfällige Erhöhung im Wechselschichtdienst. Als Wertschätzung für den Dienst zu ungünstigen Zeiten (DuZ) zur Nachtzeit und an Wochenenden ist eine Erhöhung der Zulagen dringend geboten. Verglichen mit der so viel zitierten „Freien Wirtschaft“ sind diese Zulagensätze für die Nachtzeit und am Wochenende, beginnend mit derzeit 0,77 €/Stunde, beschämend. Auch hier rangiert Hessen innerhalb der Polizeilandschaft weit hinten. Spätestens seit der gemeinsamen Klage mit Bayern zum Länderfinanzausgleich haben wir vom hessischen Ministerpräsidenten erfahren, dass es im Kon-



ÖFFENTLICHE HAND

zert der Länder doch gerecht zugehen möge.

Gerecht?

Für den Nachgang der hessischen ÖD-Tarifrunde und das bevorstehende Gesetzgebungsverfahren für die Übertragung auf die Beamten und Versorgungsempfänger und das zweite Dienstrechtsmodernisierungsgesetz habe ich folgende Vorschläge: Erstens runter mit der Wochenarbeitszeit, zweitens rauf mit der DuZ, drittens eine ordentliche Stellenstruktur mit sinngebenden Stellenhebungen und viertens eine zeit- und inhaltsgleiche Besoldungsanpassung für unsere aktiven Kolleginnen und Kollegen sowie entsprechende Versorgungsanpassungen für unsere Pensionäre. **Das Geld dafür wäre zweifelsfrei vorhanden.**

*Jörg Bruchmüller,
Landesvorsitzender*

WIRTSCHAFTSMINISTER WILL BLITZER-WARNER ERLAUBEN

GdP gegen Legalisierung von Radarwarngeräten

Als rein populistische Forderung bezeichnete der GdP-Landesvorsitzende Jörg Bruchmüller die Ankündigung von Hessens Wirtschaftsminister Florian Rentsch, Blitzer-Warner zu erlauben.

Überhöhte Geschwindigkeit, so Bruchmüller, sei unbestritten eine der Hauptursachen für schwere und schwerste Verkehrsunfälle. Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit sei daher eine wirksame Verkehrsüberwachung auch durch die Polizei nach wie vor unumgänglich.

Bereits durch das inflationäre Melden von Geschwindigkeitskontrollen in Ra-

diosendern werde das Verhalten notorischer Bleifüße nur punktuell beeinflusst.

Bruchmüller: „Nach der Warnung wird wieder Gas gegeben nach dem Motto: „Freie Fahrt für freie Bürger“. Nichts anderes erreiche die Rentsch-Initiative durch eine Legalisierung von Warngeräten. Wer, wie Rentsch, so etwas verlangt, handelt unverantwortlich. Verkehrsüberwachung ist kein lustiges Gesellschaftsspiel, bei dem Raser versuchen, die Polizei auszutricksen.“

Zudem bleibe die Frage offen, ob die FDP-Initiative mit dem Kabinettskollegen Innenminister Boris Rhein abge-

sprochen sei. Als Innenminister sei Rhein für eine wirksame polizeiliche Verkehrsüberwachung verantwortlich. Eine Legalisierung von Radarwarnern würde dessen Aufgabe torpedieren.

Die Rechtslage ist nach Auffassung Bruchmüllers klar und eindeutig und im § 23 StVO geregelt. Elektronische Geräte, die dazu bestimmt sind, den Raser vor Geschwindigkeitskontrollen an einem polizeilichen Messpunkt zu warnen, sind verboten. Das sollte ein Jurist wissen und dabei sollte es auch bleiben.

GdP Hessen



OFFENER BRIEF AN INNENMINISTER RHEIN

Erschwerniszulagen, Dienst zu ungünstigen Zeiten (DuZ) und Zulagen für operative Einheiten

Sehr geehrter Herr Staatsminister Boris Rhein.

Tausende Kolleginnen und Kollegen in der hessischen Polizei sind in höchstem Maße beunruhigt, verwundert und enttäuscht.

Dies sind Menschen, die nach Ihrem Bekunden, sehr geehrter Herr Rhein, unter schwierigsten Bedingungen zu jeder Tages- und Nachtzeit, in schwierigen Einsätzen und gewalttätigen Auseinandersetzungen eine hervorragende Arbeit leisten.

Wir erinnern an dieser Stelle an die immer noch bestehende unerträgliche 42-Stunden-Woche und die stetig steigenden Überstunden.

Einem Teil dieser Kolleginnen und Kollegen haben Sie durch ein zusätzliches Hebungsprogramm zum 1. April 2013 deutlich gemacht, dass sie deren Arbeit schätzen – hierfür danken wir Ihnen ausdrücklich.

Bereits mit unserem Schreiben vom 25. Juli 2012 haben wir Sie darauf aufmerksam gemacht, dass durch eine Festlegung im Dienstrechtsmodernisierungsgesetz die Höhe der DuZ-Zulage auf das Niveau von 2004 unangemessen eingefroren wurde.

Am 14. Mai 2012 durften wir uns ausführlich zu diesem Thema mit Ihnen persönlich austauschen. In Kernaussagen bezeichneten Sie die aktuelle Zulagenhöhe als nicht mehr zeitgemäß und sagten zu, die GdP in ihrer Forderung tatkräftig zu unterstützen.

Wir zitieren Sie nachstehend aus Ihrem Antwortschreiben vom 7. November

2012 und erinnern noch einmal nachdrücklich an die hier niedergeschriebene, angekündigte Unterstützung unserer Forderung: *„Es trifft zu, dass die Beträge für die Erschwerniszulagen, z. B. bei ‚Dienst zu ungünstigen Zeiten‘ seit Beginn der Besoldungsanpassung in hessischer Eigenverantwortung nicht angehoben worden sind. Da die Erhöhungen der Vergütungen aber jeweils im Cent-Bereich liegen, ist eine zusammenfassende Anhebung unter Berücksichtigung der bisherigen Erhöhungspunkte bei der nächsten Besoldungsanpassung vorgemerkt.“*

Dieses Versprechen fordern wir nun nachdrücklich mit unserem offenen Brief von Ihnen ein. Wir erwarten am Rande der laufenden Tarifverhandlungen, dass verlässliche Verabredungen getroffen werden, die nach Abschluss der Tarifverhandlungen und der anschließenden Besoldungsanpassung dazu führen, dass die Stundensätze für den Dienst zu ungünstigen Zeiten **deutlich** angehoben werden.

Die Gewerkschaft der Polizei hat diese berechtigten Forderungen nach deutlichen Erhöhungen der Erschwerniszulage



(DuZ) sowie Zulagen für die operativen Einheiten der hessischen Polizei zu zentralen Aufgaben gemacht.

Der klare Auftrag unserer Kolleginnen und Kollegen, hier deutliche Verbesserungen einzufordern und zu erreichen, ist für uns verpflichtend.

Wir sind ausdrücklich nicht Ihrer Auffassung, dass die von Ihnen als „Cent-Beträge“ bezeichneten Erhöhungen unbedeutend sind.

Gerne verweisen wir auf die bereits zum 1. Januar 2011 und aktuell weiter erfolgten Anpassungen der bayerischen Landesregierung. Diese Anpassungen haben zu einer deutlich gerechteren Bezahlung für besonders belastende Dienstzeiten geführt.

Sicherlich dürfte es Ihnen auch bekannt sein, dass die bayerische GdP mit Datum 14. März 2013 einen Antrag an den Ausschuss öffentlicher Dienst im bayerischen Landtag eingebracht hat, der eine Anpassung der Zulagensätze zur Nachtzeit auf fünf Euro fordert.

Sehr geehrter Herr Staatsminister Boris Rhein, ungünstige Dienstzeiten müssen im Gleichklang mit den Beschäftigten in anderen Wirtschaftsbereichen angemessen finanziell vergütet werden.

Dienst zu ungünstigen Zeiten (DuZ) – Nicht nur eine Kampagne!

*Mit freundlichen Grüßen,
Jörg Bruchmüller*



Treffen in Nabburg

Auf den ersten Blick ein ungewohnter Treffpunkt, liegt er doch außerhalb unseres Hessenlandes. Aber das hatte seinen Grund, denn beim letzten Treffen erklärte sich Jochen Breitenbach spontan bereit, in seinem Heimatort das Folgetreffen zu organisieren, denn dorthin hatte ihn nach dem Wechsel zum Bundesgrenzschutz der Dienst verschlagen.

Die mehr als 1000-jährige mittelalterliche Stadt im Naturschutzgebiet Oberpfälzer Wald ist von einer noch fast vollständigen Stadtmauer umgeben, von ihr hat man einen sehr schönen Blick über das Naabtal.

20 der ehemals 46 Lehrgangskollegen, die am 1. Juli 1965 bei der 9. Hundertschaft der Bereitschaftspolizei in Hanau unter Leitung von PHK „Papa“ Dönch eingetreten waren, freuten sich auf das Wiedersehen.

Zur Begrüßung mit einer deftigen „Weißwurst-Brotzeit“ in dem historischen Gasthof „Zum Stern“ erfolgte anschließend ein kleiner „Orientierungsmarsch entlang der Stadtmauer und von dort führte uns Jochen zum Bauernhofmuseum „Edelmannshof“ mit einer anschließenden Einkehr ins Brotzeitstübl „auf 'ne Halbe“. Beim Rückmarsch ließ das neblige Wetter die imposante Lage des hoch oben liegenden Städtchens nur eingeschränkt zu und dies sollte auch die restlichen Tage so bleiben, schade. Der



Erinnerungsfoto

Abend begann mit einem gemeinsamen Essen, dem sich ein gemütliches Beisammensein anschloss. Dabei wurde versucht, durch Hinterfragen Erinnerungslücken zu schließen und dabei waren Fotos von den letzten Treffen sehr hilfreich.

Als Programmpunkt des nächsten Tages folgte eine Fahrt über Regensburg nach Kehlheim. Von dort fuhr man mit dem Schiff durch den Donaudurchbruch zum Benediktiner-Kloster Weltenburg. Nach Besichtigung der Kirche und Erkundung der nahen Gegend genoss mancher in der Klosterschenke ein deftiges Essen.

Wieder zurück in Kehlheim, war es nicht weit zu der Befreiungshalle. Der hoch oben liegende Monumentalbau wurde von König Ludwig I. als Gedenkstätte für die siegreichen Schlachten gegen Napoleon in den Befreiungskriegen 1813 bis 1815 errichtet. Im Inneren symbolisieren 34 Siegesgöttinnen die 34 deut-

schen Staaten, des 1815 gegründeten Deutschen Bundes als Mahnmal der Einheit Deutschlands.

Einige wenige, die diese Sehenswürdigkeiten schon kannten, verbrachten diesen Tag unter Führung von Jochen im Oberpfälzer Freilandmuseum Neusath-Perschen, das Einblicke in das ländliche Leben früherer Zeiten vermittelt.

Am Morgen danach machten sich alle wieder auf den Weg in die angestammte Heimat und die meisten konnten feststellen, dass es nach Überschreitung des „Weißwurstäquators“ doch am „schönsten“ ist, denn es schien wieder die Sonne in Hessen. Zum Abschluss des geselligen Beisammenseins beschloss man, dass das 50er-Treffen am 1./2. Juli 2015 aus traditionellen Gründen in Hanau stattfinden wird. Als offizieller Ansprechpartner für die Ausrichtung hat sich spontan Klaus Horn bereit erklärt. **D.E.R.**

VERKEHRSUNFALLSTATISTIK 2012

Unfallzahlen sind wieder angestiegen

Die polizeilich registrierten Verkehrsunfälle sind seit 2009 kontinuierlich angestiegen. Nicht angepasste Geschwindigkeit ist nach wie vor die Hauptunfallursache bei schweren Verkehrsunfällen. Dagegen sind Verkehrsunfälle innerhalb geschlossener Ortschaften und auf Autobahnen rückläufig. Erschreckend ist, dass nahezu 30 Prozent der gurtpflichtigen Fahrzeuginsassen bei tödlichen Verkehrsunfällen auf das Anlegen des Sicherheitsgurtes verzichteten!

Im letzten Jahr registrierte die Polizei 133 535 Verkehrsunfälle. Während die Gesamtunfallzahl nur geringfügig anstieg (plus 61 Fälle), ist ein deutlicher Rückgang (minus 858) der Verkehrsunfälle mit Verunglückten, darunter versteht die Polizei

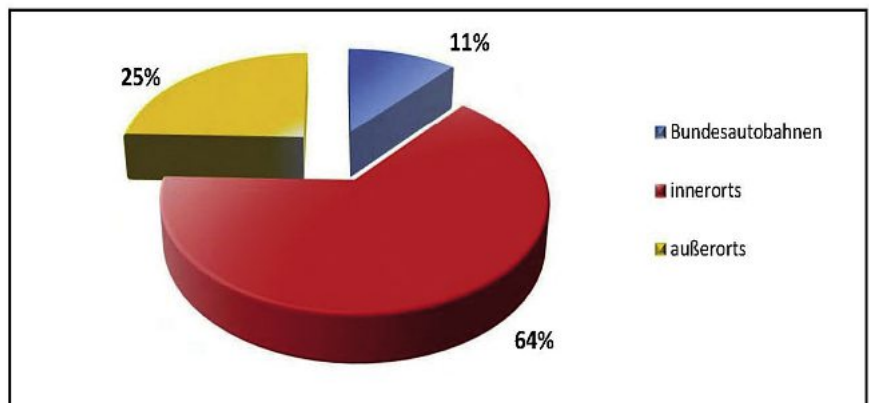


Abb. 2: Verteilung der Unfälle 2012 nach klassifizierten und nicht klassifizierten Straßen

Aus dem Verkehrsbericht 2012 des LPP.



VERKEHRSUNFALLSTATISTIK 2012

verletzte und getötete Verkehrsteilnehmer, festzustellen. Von den 279 tödlich Verunglückten kamen 108 wegen nicht angepasster Geschwindigkeit und 87, weil sie nicht angeschnallt waren, zu Tode. Signifikant war dabei der Anstieg tödlicher Unfälle auf Landstraßen, sagte Landespolizeipräsident Udo Münch bei der Vorstellung des Verkehrsberichts 2012.

Im Vergleich zum Vorjahr ist insbesondere ein Anstieg der Zahl der Getöteten bei Verkehrsunfällen unter Beteiligung von alkoholisierten Fahrzeugführern (plus zehn Prozent) und aufgrund ungenügenden Sicherheitsabstandes (plus acht Prozent) zu verzeichnen. Bei der Gruppe der Senioren im Alter von 65 Jahren und darüber ist der Anstieg auf 75 getötete Personen (plus acht Prozent) besonders auffällig. In der Summe ist die Zahl der Getöteten und Schwerverletzten im Jahr 2012 (5356) gegenüber dem Vorjahr (5517) um 161 Personen zurückgegangen. Es hängt häufig von verschiedenen Faktoren ab, ob ein Unfallbeteiligter stirbt, verletzt wird oder unverletzt bleibt. Während die Zahl der Verkehrsunfälle innerhalb geschlossener Ortschaften (minus 1586) und auf Bundesautobahnen (minus 344) rückläufig ist, zeigte sich auf Landstraßen ein Anstieg der Verkehrsunfallzahlen (plus 991). Auf Landstraßen ist das Risiko, bei einem Verkehrsunfall schwer verletzt oder getötet zu werden, nach wie vor am größten. Hier wurden 25 Prozent aller Verkehrsunfälle in Hessen registriert. Bei diesen Unfällen sind 42,3 Prozent der Getöteten und schwer Verletzten zu verzeichnen. **(Quelle: LPP)**

gdp/eg

Verkehrsunfälle nach Monaten

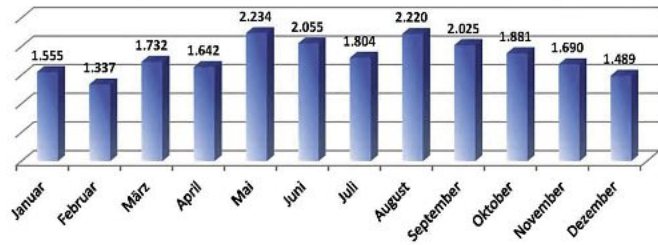


Abb. 3: Verteilung der Unfälle 2012 nach Monaten

Verkehrsunfälle nach Tagen

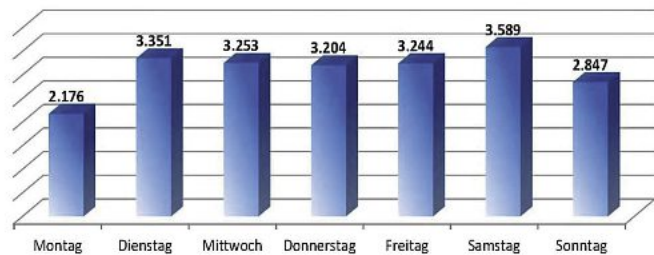


Abb. 4: Verteilung der Unfälle 2012 nach Wochentagen

Verkehrsunfälle im Tagesverlauf

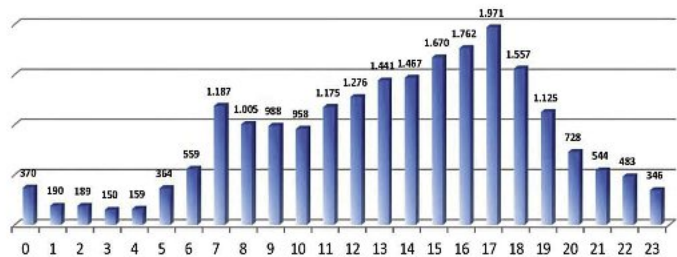


Abb. 5: Verteilung der Unfälle 2012 nach Uhrzeit

Aus dem Verkehrsbericht 2012 des LPP

Anzeige

Egal wohin...

Hauptsache mit uns!

Der Reiseservice mit Reisekostenzuschuss!
 Exklusiv für GdP-Mitglieder, ihre Angehörigen und Fördermitglieder!
 Buchen Sie über Ihre PSG (alle namhaften Veranstalter wie TUI, Neckermann, 1-2-fly ...) und freuen Sie sich über einen beachtlichen Reisekostenzuschuss.

BETRACHTUNGEN ZU ...

„Burn-out“

Mit großem Interesse habe ich die Berichte über „Burn-out“ in der DP (Ausgabe 3/2013) gelesen und freue mich, dass sich die GdP dieser wichtigen Problematik annimmt und wünsche ihr Einwirkungsmöglichkeiten. Ich möchte dazu gerne einige Anmerkungen machen.

Es ist zwar zutreffend, dass „Burn-out“ (noch) nicht als psychische Störung (= F-Gruppen) nach der ICD-10-Version 2013, wohl jedoch als „Probleme mit Bezug auf Schwierigkeiten bei der Lebensbewältigung“ = Z 73 im ICD 10 erfasst

wird. Explizit wird dort „Burn-out“ (= ausgebrannt sein) genannt. Die Einteilung dürfte jedoch das Geringste aller Probleme sein. Burn-out betrachte ich als eine Belastung, die sowohl eine negative körperliche, psychische als auch psychosoziale Wirkung erzeugt. Von den Wirkungen zu unterscheiden sind jedoch die Ursachen.

Wenn eine Person mit einem „Burn-out“ in meine Praxis kommt, so werde ich mich nicht daranmachen können, z. B. das Führungsverhalten des Vorgesetzten

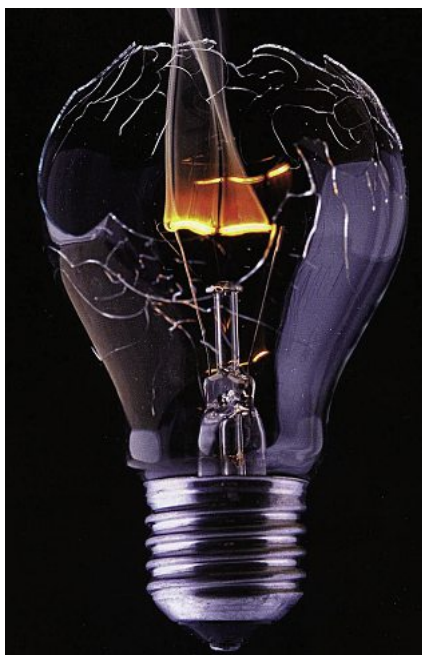
zu verändern. Was ich verändern kann, ist ihre Einstellung zu den Rahmenbedingungen. Hier bietet die moderne Psychotherapie sehr gute Möglichkeiten, die belastenden Verhaltens- und Gedankenmuster aufzuheben. Studien für Depressionen haben zudem bewiesen, dass eine Medikamenteneinnahme bei der ersten Depression dazu führt, dass die Störung schneller und heftiger zurückkehrt. Auch hier wird dazu geraten, die Psychothera-

Fortsetzung auf Seite 6



Fortsetzung von Seite 5

pie zu nutzen. Das soll jetzt kein Freibrief für die Vorgesetzten sein, die Launen und Charakterzüge an der Mitarbeiterin/dem Mitarbeiter „auszutoben“. Ich möchte jedoch eine maßgebliche Facette von „Führung“ aus psychologischer Sicht beleuchten: Das menschliche Gehirn strebt stets nach Kontrolle (so genannte „Kontrollüberzeugung“). Zufrieden und gesund ist der, der Kontrolle über sein Leben empfindet. Je weniger Kontrolle der Mensch hat, desto unglücklicher ist er. In diesem Zusammenhang bedeutet „Kontrolle“: Die Person versteht die Zusammenhänge und kann sie aktiv beeinflussen. Wenn sie sie nicht mehr beeinflussen, jedoch noch erklären kann, so nimmt der Mensch den Umstand auch noch hin. Grundsätzlich gilt: Je geringer z. B. das Selbstvertrauen und Selbstwertgefühl der Führungsperson ist, desto mehr Kontrolle benötigt er. Man könnte jetzt sicherlich den Vorgesetzten anweisen, habe Vertrauen zu deinen Mitarbeitern (die Anordnung soll ja mit dem kooperativen Führungssystem auch funktioniert haben), aber sie werden es ahnen: es ist ein Fehlversuch. Erfolg hätten Sie nur dann, wenn die Ursache in dem Verhaltensmuster des Vorgesetzten verändert würde. Dieses Kontrollverhalten wird durch den Beruf „Polizei“ eindeutig gefördert und stellenweise gefordert. Z. B. muss die Kriminalität kontrolliert



Quelle: IGM

werden, damit sie nicht ausufert oder das Verhalten der Verkehrsteilnehmer muss kontrolliert werden, damit weniger Unfälle passieren. Hier bekommt die Polizeibeamtin/der Polizeibeamte also das beständige und noch verstärkende Gefühl, dass Kontrolle gut und richtig ist und verinnerlicht somit noch intensiver dieses Kontrollverhalten. Als Vorgesetzte/r wird sie/er genau dieses Verhalten unbewusst oder bewusst weiterleben. Diese vielfach unbewussten Handlungsmuster erzeugen somit grundsätzlich permanent das Gefühl: Ich muss die Mitarbeiter/-innen kontrollieren, damit die Arbeit auch „ordentlich“ gemacht wird. Das Gespräch miteinander wird vielfach durch eine Excel-Tabelle bzw. Statistik ersetzt, denn die Tabelle sagt aus, wo optimaler gearbeitet werden kann. „Von Oben“ wird vielfach mit den gleichen Tabellen kontrolliert, natürlich auch hier zur Optimierung der Arbeit. Es gilt die Bezeichnung „Steuerungsmodelle“ und es bleibt die Frage, ob wir nicht an der Masse der Zahlen ersticken werden. Ist es ein Irrglaube oder eine Weisheit: Weniger ist mehr? Die überwiegende Folge dieser Vorgehensweise ist jedoch gewiss: Die Mitarbeiterin/Der Mitarbeiter verliert die Überzeugung, dass sie/er sich kontrollieren kann und nimmt das Gefühl wahr, dass sie/er fremdbestimmt (auch oft hilflos, wehrlos oder machtlos) wird. Dieses Gefühl löst u. a. Stress aus und wird in die Krankheit führen müssen, denn Stress reduziert das Immunsystem erheblich. Wenn dann noch ein Leitbild

an der Wand hängt und der/dem Mitarbeiterin/er gesagt wird, das er „eigenverantwortlich“ (o. Ä.) handeln soll, ist das innere Chaos perfekt. Über derartiges Führungsverhalten wird jegliches Vertrauen somit im Keim erstickt. Mit diesem „Steuerungsmodell“ glaubt die/der Vorgesetzte/r vielfach, Einfluss nehmen zu können und mit dieser Kontrolle – wir erinnern uns – fühlt sich die Psyche der Vorgesetzten/des Vorgesetzten wieder gut. Die Führungsperson lernt also grundsätzlich nicht mehr zu vertrauen, sondern die Kontrollüberzeugung wird weiter forciert, da sie auch einem Belohnungssystem unterworfen ist. Aufgrund der Tatsache, dass sich der „Hans den Händchen sucht“, wird das System so lange gelebt und vererbt, bis die Belohnung dafür eines Tages ausbleibt. Wie groß ist die Zahl der Führungskräfte, die mit der Masse der Zahlen führt? Erst wenn in den Ministerien dieses „Steuerungsmodell“ abgelehnt wird, wird sehr wahrscheinlich ein Umdenken erfolgen. Es führen doch viele Wege nach Rom! Der Klarheit halber sei es angemerkt, dass eine Steuerung notwendig ist, da die Welt zu komplex geworden ist. Wir sollten den Mut aufbringen, die Steuerungsmodelle anzuwenden, die den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Raum für Entfaltung und Selbstkontrolle ermöglichen.

Will die Polizei den Krankenstand ernsthaft reduzieren, ist es unumgänglich, u. a. eine anonymisierte aussagekräftige Krankenstatistik einzuführen und Führungsverhalten auch daran zu messen, wie hoch der Krankenstand ist. Verpflichtende Lektüre für jede/n Vorgesetzte/r sollte hier die „Gallup-Studie“ (www.download.ff-akademie.com/Gallup-Studie.pdf) sein. Auch Professor Badura hat schon in seinem Arbeitsreport den Zusammenhang zwischen Führung und Krankheit offengelegt. Auch die neueste Gallup-Studie (März 2013 www.gallup.com/strategicconsulting/158162/gallup-engagement-index.aspx) führt aus, dass fast jeder vierte Arbeitnehmer in Deutschland innerlich gekündigt hat. 61% machen „Dienst nach Vorschrift“. Die Hauptursache für die innerliche Kündigung sei eine mangelhafte Personalführung. Wer nun meint, der öffentliche Dienst oder die Organisation Polizei steht besser dar, soll es beweisen, ansonsten würde ich diese Zahlen auch für unsere Organisation annähernd zugrunde legen. Allgemein anerkannt ist auch die Tatsache, dass Führungsverhalten maßgeblich Stress, Fehlzeiten, Fluktuation, Mitarbeiterzufriedenheit, Kommunikation und die Produktivität beeinflusst.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Hessen**

Geschäftsstelle:
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden
Telefon (06 11) 99 22 7-0
Telefax (06 11) 99 22 7-27

Redaktion:
Ewald Gerk (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35
vom 1. Januar 2013

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446

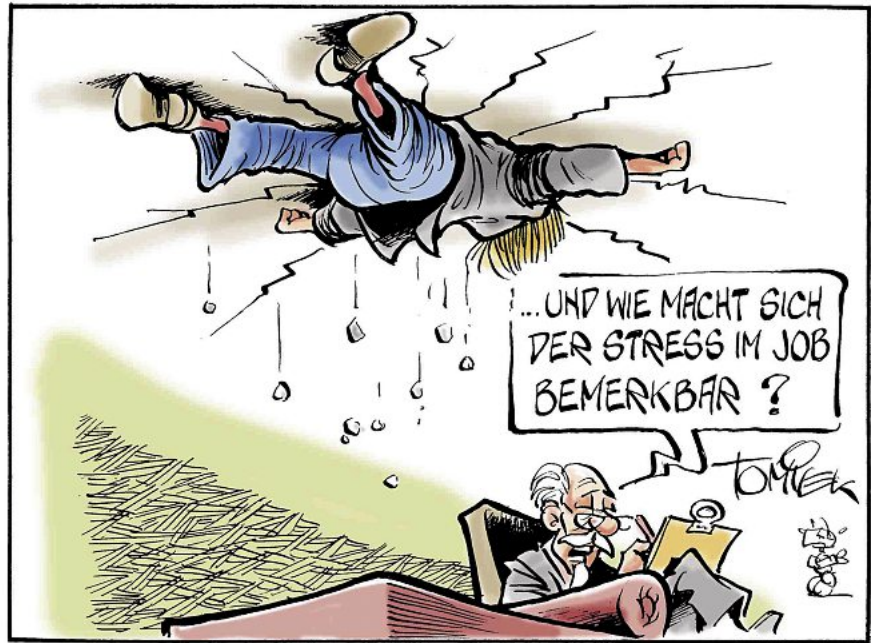


BETRACHTUNGEN ZU ...

Aufgrund meiner Erfahrungen als Dienststellenleiter weiß ich, dass mit Vertrauen grundsätzlich mehr erreicht werden kann, denn mit Vertrauen wird die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gefördert. Die Mitarbeiterin/Der Mitarbeiter erlebt wieder das Gefühl, dass er sich selber kontrollieren kann und das erzeugt wiederum gute Gefühle und gute Gefühle fördern die Gesundheit. Sekundär selbstverständlich auch die geforderten Quoten.

Es gibt sehr viele Ursachen, die ein Verhalten bestimmen. Das mangelnde Selbstwertgefühl diente hier nur der Verdeutlichung, ansonsten gilt: die Psyche des Menschen ist so individuell wie sein Fingerabdruck. Viele dieser Muster (ca. 80%) bestimmen uns aus dem Unbewussten, was uns eben nicht bewusst ist und somit für den Menschen selber auch schwer zu entdecken ist. Hier bietet die Tiefenpsychologie eine sehr gute Methode, um belastende Faktoren zu erkennen und zu verändern. Die Muster/Prägungen des Menschen sind in etwa vergleichbar mit der Software eines Computers, da kann ich auch nicht alle Programme im Hintergrund sehen, aber ohne sie würde der Computer jedoch nicht funktionieren.

Natürlich gibt es sehr viel mehr Facetten aus der Psychologie, um Führungsverhalten erklärbar zu machen. Wir leben auch in einer Kommunikationswelt, die wir kaum verwalten können und das bedeutet für jeden von uns auch Kontrollverlust. Der eine löscht Mails, der andere verschiebt sie in einen anderen Ordner und wiederum ein anderer zer-



AUFSTIEGENDE TENDENZ

bricht daran, weil er es nicht kontrollieren kann und sich überfordert fühlt. Burn-out ist auch das Krankheitsbild der Kommunikationsgesellschaft (Dr. phil. Miriam Meckel). Des Weiteren leben wir in einer Zahlenwelt, die Aufklärungs- und Verfolgungsquoten müssen stimmen. Solchen Zahlengläubigen sei gesagt: Man kann die Welt nicht mit einer Excel-Tabelle erklären, denn wir bestimmen unser Leben auch weiterhin mit unseren (bewussten und unbewussten) Gefühlen. Die Gefühle sind stärker als der Verstand. Mit meiner langjährigen Erfahrung als Dozent treffe ich die Feststellung – die auch andere Dozenten/-innen bestätigen, dass wir seit ca. zehn Jahren eine andere Generation in den Beruf aufgenommen haben. Hier gelten andere Werte und Lebensauffassungen. Wenn sich „Führung“ nicht darauf einstellt, werden wir noch viel mehr „Aussteiger“ haben, als wir sie jetzt schon haben. Zu meinem Dienstbeginn gab es auch schon Kollegen, die „keinen Bock“ mehr hatten, sie waren allerdings kurz vor der Pensionierung, Heute sind es schon die Mitte-30er, bei denen solche Aussagen zu hören sind. Welche Lösung hat die Führung?

Viele sprechen zurzeit von „Burn-out“. Anzumerken ist, dass nach heutigen Schätzungen ca. 18 bis 20% aller Jugendlichen psychische Störungen aufweisen. Wenn das die Polizei widerspiegelt, dann werden wir in den nächsten ca. fünf Jahren auch ca. 20% der Beam-

tinnen und Beamten mit psychischen Störungen in den eigenen Reihen haben; zusätzlich zu den „Burn-out“-Patienten. Und wie ist der heutige Stand? Haben wir auch heute schon Menschen mit psychischen Störungen in den eigenen Reihen? Wie viele Menschen mit psychischen Störungen sind in Führungsfunktionen? Die Auswahltests lassen solche Störungen nicht erkennen. Vielleicht brauchen zukünftige Vorgesetzte eine Ausbildung, die sie dafür sensibilisiert, Menschen mit solchen Störungen zu erkennen, jedoch nicht zu therapieren. Vielleicht sollte auch die Organisation mehr Psychotherapeuten in den eigenen Reihen im täglichen Dienst im Führungs-, Einsatz- und Ermittlungsbereich vorsehen, das könnte nicht nur mittel- und langfristig die Krankenrate deutlich reduzieren, sondern auch für ein angenehmes Klima sorgen. Und auch hier erinnern wir uns: gesunde Menschen sind leistungsfähiger.

Da das jedoch Zukunftsmusik ist, verweise ich für alle Mitarbeiter/-innen als Trostpflaster auf eine Weisheit von Maria von Ebner-Eschenbach: „**Nicht was wir erleben, sondern wie wir es empfinden, macht unser Schicksal aus**“ und für (manche) Führungskraft auf eine Erkenntnis von Tolstoi: „**Man kann ohne Liebe Holz hacken, Ziegel formen, Eisen schmieden. Aber man kann nicht ohne Liebe mit Menschen umgehen**“.

Karl Menger,
Nienburg

IM GEDENKEN

Amok-Tat jährt sich zum 30. Mal

Am 3. Juni 2013 jährt sich zum 30. Mal die Amok-Tat an der Eppsteiner „Freiherr-vom-Stein-Gesamtschule“.

An diesem Tag war der Amok-Schütze Karel Ch. in das Schulgebäude eingedrungen und erschoss die Kinder Stefanie Herrmann, Gabriele Siebert, Benito Martinez, den Lehrer Hans-Peter Schmitt und unseren Kollegen **Gisbert Beck**. Bei der Amok-Tat wurden weitere 13 Kinder und einer der Lehrer von dem Täter angeschossen und überlebten schwer verletzt.

GdP Hessen



TERMIN

2. Polizei-Golf-Cup in Bensheim



Golfplatz Bensheim

Veranstalter:
Verein Bürger und Polizei e.V., 64646 Heppenheim

Schirmherr:
Polizeivizeipräsident Uwe Brunnengräber, Polizeipräsidium Südhessen

Organisation (Büro):
Axel Schmidt, PP Südhessen, Tel.: 0 61 51/9 69 42 66, und **Raoul Sorgalla**, PP Südhessen, Tel.: 0 61 51/9 69 41 47

Zeitfolge:
Samstag, 8. 6. 2013, ab 9.00 Uhr Einschlagen auf der Driving Range und um 11.00 Uhr Turnierstart (Kanonenstart).

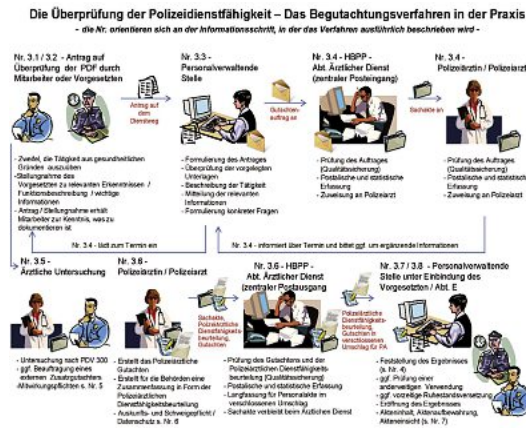
Ort:
Golfclub Bensheim, Außerhalb 56, 64625 Bensheim,
www.golfclub-bensheim.de

Startberechtigung:
Spielberechtigt sind alle aktiven und ehemaligen Polizeibediensteten sowie Zollbeamte, Justizbeamte und Freunde. Die Mitgliedschaft in einem Golfclub muss nachgewiesen werden.

Modus:
Einzelzählspiel nach Stableford über 18 Löcher mit Vorgabe. Brutto: Gesamtgewinner, Netto: Klasse A, B und C.

Anmeldung
Die Startgebühr beträgt 60 Euro pro Teilnehmer. In diesem Betrag sind Greenfee, Token und ein Abschlussessen im Restaurant am Golfplatz sowie Rundenverpflegung und fünf Euro Spende enthalten. Anmeldebogen unter: www.buergerundpolizei.de. **Kurzfristige Anmeldungen sind noch möglich.**

INFORMATIONSSCHRIFT POLIZEIDIENSTFÄHIGKEIT



Der Polizeivollzugsdienst fordert tagtäglich Leistungen ab, die die Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten zwar noch gerne erbringen möchten, sie aber aufgrund ihrer individuell physischen Situation möglicherweise nicht mehr erbringen können. Der Wach- und Wechseldienst mit seinen unregelmäßigen Dienstzeiten, der lang andauernde Einsatz bei Demonstrationen, damit einhergehende Umwelt- und Wettereinflüsse, die Konfrontation mit gewalttätigen Menschen zehren an den Kräften.

Auch psychische Belastungen bringt der Beruf mit sich, die sich unter Umständen so stark auswirken, dass die aktuellen Aufgaben nicht mehr wahrgenommen werden können.

Das verpflichtet den Dienstherrn zur Alimentation seiner Beamtinnen und Beamten, der dadurch nicht nur die Pflicht zur amtsangemessenen „Entlohnung“ hat, sondern auch eine Fürsorgeverpflichtung für seine Beamtinnen und Beamten einget. Dieser Fürsorgeverpflichtung muss der Dienstherr im Rahmen der geltenden

Gesetze nachkommen. Die Informationsschrift soll verdeutlichen, welche Verpflichtung zur Fürsorge der Dienstherr zu erfüllen hat. Hierdurch sollen zukünftig Konflikte und Irritationen in diesem Themenfeld vermieden werden. Darüber hinaus werden die Aufgaben und Rollen der jeweiligen Partner im Verfahrensablauf beschrieben.

Die Infoschrift ist im Intranet der hessischen Polizei abrufbar.

EHRUNGEN

25-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

- Ingrid Last
- Thomas Kleine
- Andrea Schütte
- Joachim Lucas
- Martina Veiel-Wolf
- Stefanie Lang
- Frank Schaadt
- Norbert Fuß
- Udo Huck
- Helmut Spitznagel
- Kai Gottschalk
- Heinz Pfeiffer
- Friedhold Bachmann
- Kreisgruppe Main-Kinzig

40-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

- Kunibert Knapp
- Reinhold Weichert
- Hans-Günter Heinen
- Heinz Brinke
- Peter Ström
- Edgar Werth
- Botho Koch
- Paula Kargl
- Kreisgruppe Main-Kinzig

50-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

- Rolf Bode
- Wolfgang Walther
- Kreisgruppe Main-Kinzig

ES VERSTARBEN

Waltraud Tölke
Kreisgruppe Kassel

Reinhard Müller
Kreisgruppe PAST
Wiesbaden

Heinz Schmidt
Kreisgruppe Wiesbaden

Heinz Braun
Bezirksgruppe
Frankfurt

Günter Gückinger
Christa Kühn
Kreisgruppe HLKA

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren!

